



10 Punkte Plan

für den Mittelstand

Wahlperiode 2017 bis 2021

Mittelstands  
**ALLIANZ**  
Eine Initiative des BVMW e.V.



Mario Ohoven ist Präsident des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft (BVMW); er steht zugleich an der Spitze des europäischen Mittelstandsdachverbands (CEA-PME) in Brüssel.

## VORWORT

# Die Mittelstandsallianz: Alleine sind wir stark – gemeinsam sind wir stärker!

---

Der deutsche Mittelstand ist vielfältig – dies spiegelt sich in der hohen Zahl mittelständisch geprägter Branchenverbände wider. Trotz der Vielfalt hat der Mittelstand jedoch viele gemeinsame Nenner. In zahlreichen branchenübergreifenden Themen herrscht große Einigkeit. Es ist von großer Bedeutung, dass diese Einstimmigkeit von der Politik wahrgenommen wird. Auf dieser Grundlage hat der Bundesverband mittelständische Wirtschaft die Mittelstandsallianz gegründet. Sie ist die einzige Plattform in der deutschen Verbändelandschaft, die alle branchenübergreifenden mittelstandsrelevanten Themen bündelt und mit einer Stimme in die Politik trägt. Die wichtigsten Forderungen sind im vorliegenden 10-Punkte-Plan zusammen gefasst.

In diesem Programm betrachten wir auf Augenhöhe mit unseren Partnerverbänden Wirtschaftspolitik aus Sicht der über 3,6 Millionen klein- und mittelständischen Unternehmen in Deutschland. Dabei lassen wir uns von den folgenden Grundgedanken leiten:

Deutschland profitiert von der Globalisierung, solange unsere Unternehmen weltweit konkurrenzfähige Produkte anbieten. Deshalb darf die Politik den Erhalt und die Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit in möglichst vielen Branchen niemals aus den Augen verlieren.

Deutschland wird immer in die Europäische Union eingebettet sein, auch wenn der Euro zerbricht oder nationalistische Politiker in einzelnen Ländern das Ruder übernehmen. Die EU ist unser Friedens- und Wohlstandsanker.

In Deutschland muss Eigenverantwortung gelebt werden. Wer unverantwortlich und gegen das Gemeininteresse handelt, muss auch die Konsequenzen dafür tragen. Diese Selbstverständlichkeit gilt für Migranten, die vor Krieg und Zerstörung geflohen sind und bei uns Zuflucht suchen, ebenso wie für Konzernlenker.

Der Staat muss den Kleinen, Schwachen und Bedürftigen helfen und ist für die innere und äußere Sicherheit zuständig. Aber es ist nicht seine Aufgabe, mit überbordender Bürokratie Unternehmertum zu strangulieren. Unternehmerisches Handeln ist eine Geisteshaltung, die gefördert und nicht bekämpft werden darf.

Die Chancen der Digitalisierung müssen unvoreingenommen und ergebnisoffen genutzt werden. Es geht nicht darum, ob Deutschland die digitale Transformation annimmt, sondern wie wir sie für uns gestalten. Erfolg heißt auch hier, sich ändern zu können.

Aus diesen Leitgedanken werden in den folgenden Kapiteln dieses Programms zur Bundestagswahl 2017 die konkreten wirtschaftspolitischen Forderungen für den Mittelstand abgeleitet. Betrachtet die zukünftige Bundesregierung den Mittelstand tatsächlich als das Rückgrat der deutschen Wirtschaft und handelt dementsprechend, haben wir eine realistische Chance, ein Land des Zukunftsoptimismus und nicht der Zukunftsangst zu werden.

Mario Ohoven  
Präsident BVMW e.V.  
Präsident European Entrepreneurs

**EMPFEHLUNGEN DER MITTELSTANDSALLIANZ  
ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017**

## **Was für den Mittelstand wichtig ist**

---

### **1. WETTBEWERB**

- Bürokratie abbauen
- Gründungskultur und Selbständigkeit fördern
- Unternehmer- und Aufsteigerkultur für eine standortgebundene Wertschöpfung stärken

### **2. DIGITALISIERUNG**

- Potenziale erkennen, Chancen nutzen
- Glasfaseranschlüsse bis in die Gebäude flächendeckend ausbauen
- Sektorenübergreifend einheitliche Kommunikationsprozesse sicherstellen

### **3. ARBEITSMARKT**

- Fachkräftemangel mit Flexibilität begegnen
- Einfach, zielgerichtet, rechtssicher

### **4. INNOVATION**

- Steuerliche Forschungsförderung einführen
- Projektförderung erhalten
- Offenen Diskurs über neue Forschungsansätze etablieren

### **5. BILDUNG**

- Bildung – Deutschlands wichtigsten Rohstoff nutzen
- Unternehmertum in den Schulen etablieren
- Digitalkompetenz steigern

### **6. FINANZIERUNG**

- Finanzierung erleichtern
- Wagniskapital stärken
- Innovationsfonds schaffen

### **7. STEUERN**

- Abschaffen, entlasten, vereinfachen
- Abgeltungssteuerfreiheit für Investitionen in forschungsintensiven Unternehmen einführen

### **8. ENERGIE UND ROHSTOFFWENDE**

- Eigenverbrauch belohnen, statt ihn zu bestrafen
- Kreislaufwirtschaft stärken
- Sekundärrohstoffe verstärkt einsetzen

### **9. GESUNDHEIT**

- Prävention belohnen
- Sicherheit im Gesundheitswesen gewährleisten
- Keine Umsatzschwelle für die Erstattung innovativer Arzneimittel

### **10. EUROPA**

- Identität stärken
- Wertegemeinschaft in den Vordergrund stellen



*Unternehmensgründer sind die Innovateure im Wirtschaftskreislauf. Sie tragen ein hohes persönliches Risiko für die Gesellschaft. Eine Gründungsförderung, die dieses Risiko teilen hilft, zum Beispiel in Form einer Validierungsfinanzierung auf Zuschussbasis, wäre angemessen.*

Dr. Bertram Dressel,  
Präsident Bundesverband Deutscher  
Innovations-, Technologie-  
und Gründerzentren e.V.  
[www.innovationszentren.de](http://www.innovationszentren.de)

## Wettbewerb

Deutschland braucht mehr Unternehmerinnen und Unternehmer, die Arbeits- und Ausbildungsplätze in zukunftsfähigen Wirtschaftsbereichen schaffen und damit für eine standortgebundene Wertschöpfung stehen. Ohne lebendige Gründungskultur droht Stagnation und weniger Wettbewerb. Dazu gehört auch, das Recht auf freiberufliche Tätigkeit und unternehmerische Selbständigkeit anzuerkennen und zu fördern.

Achtzig Prozent der mittelständischen Unternehmen sehen den Abbau von Bürokratie als die wichtigste Aufgabe der kommenden Regierung. Bislang wurde die Belastung jedoch immer höher, da die Abbaueffekte der Mittelstandsentlastungsgesetze durch den Aufbau neuer Bürokratie an anderen Stellen konterkariert wurden. Wir brauchen eine Deregulierungsinitiative, um Bürokratie abzubauen, Verfahren zu vereinfachen und praxisgerecht zu reformieren. Denn weniger Bürokratie bedeutet mehr Wettbewerbsfähigkeit.

Um sich zu Beginn ganz auf den Geschäftserfolg zu konzentrieren, müssen junge Unternehmen und Gründer in den ersten drei Jahren von Auflagen und Meldepflichten weitgehend befreit werden. Es kann und darf nicht das Ziel rechtlicher Rahmenbedingungen sein, neue Ideen und Geschäftsmodelle durch Bürokratie frühzeitig im Keim zu ersticken. Im Anschluss sollten die Pflichten über einen Zeitraum von fünf Jahren schrittweise angepasst werden.

### UNSERE FORDERUNGEN

- **Gründungsförderung ausweiten**

Förderprogramme für Unternehmensgründungen dürfen sich nicht allein auf den technisch-digitalen Bereich, bzw. High-Tech-Gründungen beschränken. Unsere Wirtschaft lebt von der Verzahnung differenzierter Wertschöpfungsketten über alle Branchen und Bereiche hinaus.

- **Experimentierklausel einführen**

Im weiteren Sinne der Gründungsförderung müssen junge Unternehmen die Möglichkeit bekommen, Geschäftsmodelle experimentell auszuprobieren, ohne sich dabei finanziell und rechtlich komplett zu überlasten. Es müssen daher Experimentierklauseln für Gründungen, vor allem im ersten Jahr, eingeführt werden. Ein solches Beispiel ist die Befreiung von Aufzeichnungs-, Dokumentations- und Nachweispflichten. Eine Validierungsförderung würde darüber hinaus Gründern die Finanzierung von Modellen, Mustern oder Prototypen wesentlich erleichtern.

- **Unternehmer- und Aufsteigerkultur stärken**

Zur Förderung einer Gründer- und Aufsteigerkultur müssen Vorbilder für das Erreichen von Wohlstand und Ansehen durch unternehmerische Leistung stärker und positiv präsentiert werden. Erfolgreiche Unternehmer sollten als Rollenmodelle bekannt gemacht werden, um Jüngere zur Nachahmung zu motivieren. Gleichzeitig muss denjenigen, die gescheitert sind, eine zweite Chance eingeräumt werden, um von einer Tradition des Sicherheitsdenkens zu einer proaktiven, positiven Herangehensweise an die Herausforderungen der Zukunft zu gelangen. Wir fordern die Schaffung einer interministeriellen Task Force „Gründer-, Innovations- und Aufsteigerkultur“, die junge Menschen für MINT-Berufe Potenzial gezielt fördert (Stipendien etc.) und ihnen Unternehmerkultur vermittelt.

- **Halbierung der Bürokratiebelastung für Unternehmer**

Dokumentationspflichten kosten Unternehmer immer mehr Zeit und Geld, der Aufwand steht in keinem Verhältnis zum Nutzen. Unternehmen mit bis zu 20 Beschäftigten sollten grundsätzlich von Berichtspflichten, statistischen Auskunftsvorschriften und unangemessenen Vorschriften des Arbeitsrechts freigestellt werden. Die One-in-One-out-Klausel muss auch bei der Umsetzung von EU-Recht konsequent angewendet werden.

- **Vergaberichtlinie reformieren**

Die Vergaberichtlinie für die Erteilung von öffentlichen Aufträgen muss vereinfacht werden. Es ist wettbewerbspolitisch bedenklich und wirtschaftlich ineffizient, wenn kleine und mittlere Betriebe allein durch den bürokratischen Erfüllungsaufwand von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden.

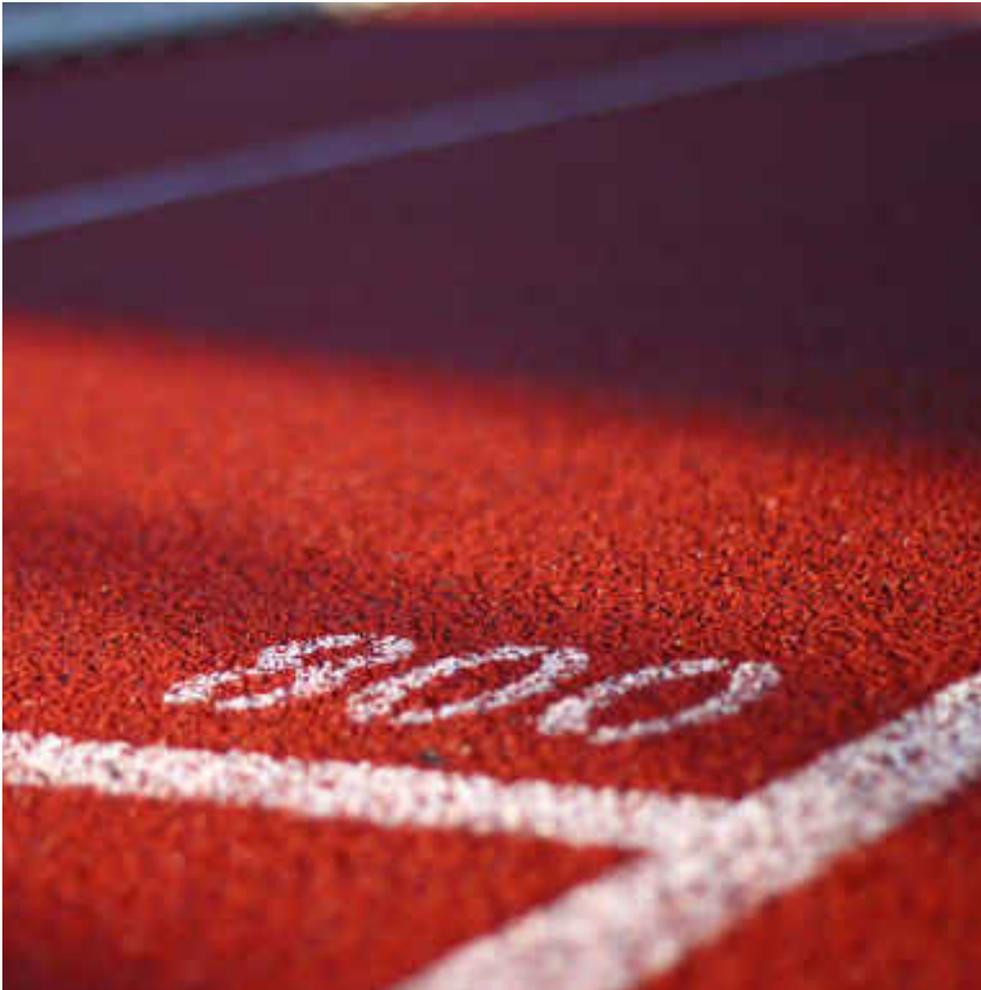
- **Schaffung eines einheitlichen "Level-Playing-Field"**

Ein einheitliches "Level Playing Field" muss für Unternehmen sichergestellt werden, die auf dem gleichen Markt tätig sind. Ein fairer Wettbewerb ist nur dann garantiert, wenn funktionierende europäische Regulierungs- und Marktüberwachungsbehörden effizient, EU-weit einheitlich und in enger Zusammenarbeit mit nationalen Wettbewerbsbehörden tätig werden können, sobald erkennbar ist, dass einschlägig gegen marktregulierende Vorschriften verstoßen wird. Das deutsche Vergaberecht muss zwischen Bundesebene und Landesebene synchronisiert werden.



*Das Steuerberatungsgesetz schränkt die Handlungsfähigkeit vieler ausgebildeter Experten ein. Wir fordern die lange überfällige Anpassung der gesetzlichen Vorschriften an die gelebte Praxis. Es ist nicht Aufgabe des Staates, dauerhaft den Markt zu regulieren und den Wettbewerb zu unterbinden, um eine einzelne Berufsgruppe zu bevorteilen. Die Lockerung der Vorbehaltsaufgaben der Steuerberater bringt mehr als 25.000 selbstständige Buchhalter und Bilanzbuchhalter – im Sinne der kleinen und mittelständischen Unternehmen – in eine bessere Dienstleisterposition. Gleichzeitig kann so dem Fachkräftemangel, der bereits seit Jahren in Steuerberatungskanzleien herrscht, entgegengewirkt werden.*

Markus Kessel,  
Geschäftsführer Bundesverband der  
Bilanzbuchhalter und Controller e.V.  
[www.bvbc.de](http://www.bvbc.de)





*Deutschland ist im EU-Vergleich bei der Digitalisierung zurückgefallen. Das muss die Bundesregierung ernst nehmen und der Digitalisierung höchste politische Priorität einräumen. Dazu gehört eine zukunftsfähige Datenpolitik, die Innovation und Wachstum der Digitalen Wirtschaft fördert. Und dazu gehören dringend auch der Breitbandausbau und endlich die Bündelung der politischen Zuständigkeiten in der Hand eines Digitalministers.*

Marco Junk,  
Geschäftsführer Bundesverband  
Digitale Wirtschaft e.V.  
[www.bvdw.org](http://www.bvdw.org)



*Deutschland braucht bis 2025 flächendeckend Glasfaseranschlüsse mit mindestens 1 GBit/s.*

Dr. Stephan Albers,  
Geschäftsführer Bundesverband  
Breitbandkommunikation e. V.  
[www.brekoverband.de](http://www.brekoverband.de)

## Digitalisierung

Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands steht in einer zunehmend vernetzten und digitalen Welt vor neuen Herausforderungen. Schon heute wirkt sich die Digitalisierung für 66 Prozent der Mittelständler positiv auf die Geschäfte aus. Damit Deutschland im internationalen Vergleich bei der Digitalisierung eine Spitzenposition einnimmt, brauchen wir ein klares Bekenntnis zum flächendeckenden Ausbau der zukunftssichersten Anschluss-Infrastruktur – der Glasfaser. Bis 2025 benötigen wir in Deutschland flächendeckend Glasfaseranschlüsse bis in die Gebäude. Darüber hinaus brauchen wir eine nachhaltige Datenpolitik, um global konkurrenzfähig zu sein. Der unbegrenzte Zugang zum Internet ist dabei eine wichtige Voraussetzung für die Teilnahme am digitalen Leben.

### UNSERE FORDERUNGEN

#### ▪ Glasfaser-Infrastrukturziel setzen

Glasfaser ist die einzige Infrastruktur, die alle heutigen und künftigen Bedarfe im Bereich digitaler Dienste erfüllen bzw. unterstützen kann und damit auch neue Wachstumschancen und Innovationen ermöglicht. Mit einem langfristig, bis 2025 und damit über die kommende Legislaturperiode hinaus angelegten Glasfaser-Infrastrukturziel und den darauf fokussierten rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen zur Zielerreichung, schaffen wir in Deutschland die leistungsfähigste digitale Infrastruktur. Ohne leistungsfähige Glasfaseranschlüsse bis in die Gebäude, die neben sehr hoher Geschwindigkeit (Bandbreite im Up- und Downstream) auch bestimmte Qualitätsmerkmale (symmetrische Bandbreiten, geringe Latenz, sichere Datenübertragung, höchste Verfügbarkeit und Energieeffizienz) erfüllt, wird die Nutzung innovativer digitaler Anwendungen nur Zukunftsvision bleiben.

Der in Deutschland bestehende Rechts-/Regulierungsrahmen sollte in seiner Anwendung auf Investitionen in den Ausbau von Glasfaseranschlüssen bis in alle Gebäude ausgerichtet werden. Hierbei spielt die asymmetrische Zugangs- und Entgeltregulierung des markt-beherrschenden Unternehmens eine zentrale Rolle und ist daher beizubehalten. Darüber hinaus brauchen Investoren ein stabiles und langfristig angelegtes, wettbewerbsförderndes Regulierungskonzept, das Anreize für Investitionen in Glasfaserinfrastrukturen bis in alle Gebäude setzt.



- **Sicherheit als Grundbaustein etablieren**

Die IT-Sicherheit muss als ein Bestandteil der Digitalisierung verstanden werden. Eine Betrachtung als separates Thema ist nicht mehr zeitgemäß. Jede digitale Handlung muss automatisch vor dem Hintergrund der IT-Sicherheit laufen. Projekte und Initiativen zur Förderung der digitalen Kompetenz und der IT-Sicherheit müssen daher ausgebaut werden. Deutschland braucht sichere Kommunikationsnetze. Dies betrifft sowohl die Angriffs- als auch die Ausfallsicherheit.

- **Daten nutzbar machen**

In Zeiten der Digitalisierung ist eine Orientierung auf Datenschutz allein nicht mehr aktuell. Vielmehr muss die Selbstbestimmung und Souveränität der Nutzer und Konsumenten betont werden. Im Bereich personenbezogener Daten und der Privatsphäre begrüßen wir die Bestrebungen zu einer europaweiten Harmonisierung im Rahmen der Datenschutz-Grundverordnung.

- **Institutionellen Rahmen zukunftsfähig ausgestalten**

Um die ambitionierten Ziele der Digitalisierung zu erreichen, sind die bereits bestehenden digitalen Kompetenzen innerhalb der Bundesministerien weiter zu stärken. Darüber hinaus ist es erforderlich, eindeutige Zuständigkeiten festzulegen und auch einzuhalten. In diesem Zusammenhang sollten insbesondere die Zuständigkeiten für den Ausbau der digitalen Infrastruktur sowie die Aufsicht über die Bundesnetzagentur in einem Bundesministerium gebündelt werden.

- **Moderner Staat – einfach und effizient**

Die digitale Verwaltung ist ein entscheidender und notwendiger Schritt zur Reduzierung der langwierigen bürokratischen Prozesse von Behörden und Ämtern. Diese muss von digitalen Anträgen und Formularen bis hin zu einer zeitgemäßen und technisch aktuellen Behördenvernetzung reichen.

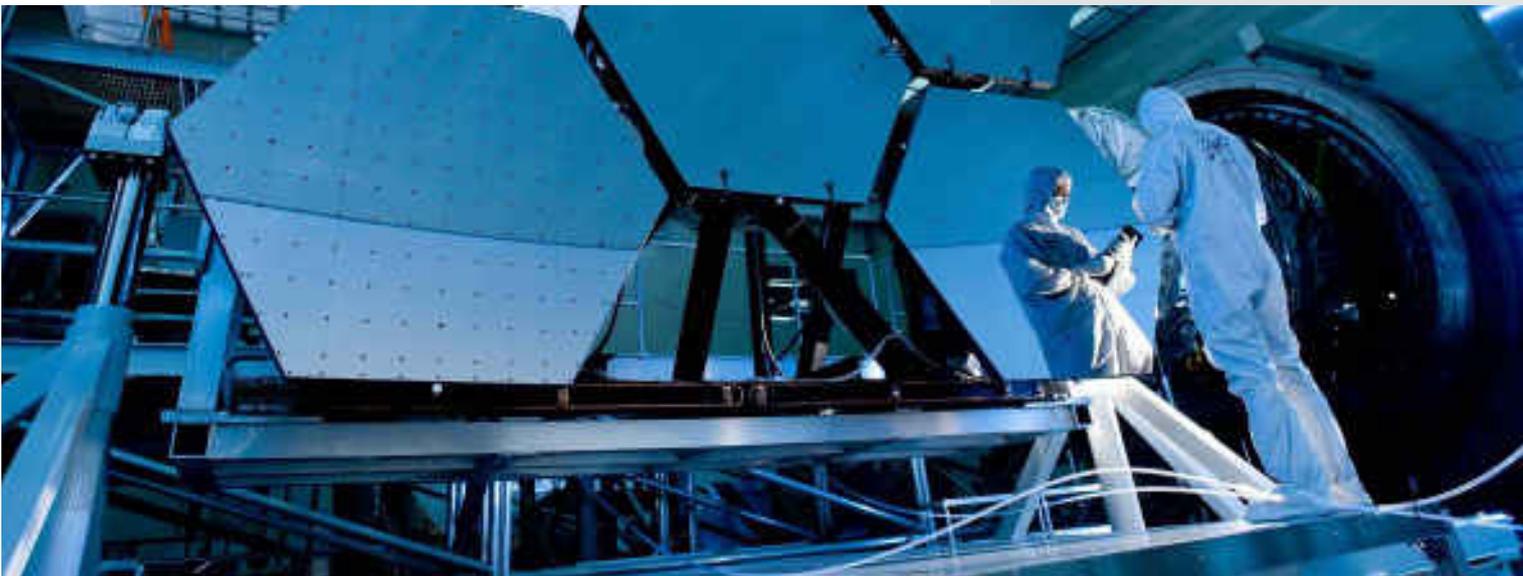
- **Hybride Geschäftsmodelle zeitgemäß gestalten**

Hybriden Geschäftsmodellen muss Rechnung getragen werden. Ein ganzheitlicher Ansatz, der On- und Offline-Kanäle verbindet und die strikte Trennung zwischen stationärem Handel und Onlinehandel aufgibt, ist erforderlich. Der zu gestaltende Rechtsrahmen muss nicht nur modern, flexibel und auf die technischen Entwicklungen angepasst sein, sondern auch dem Verbraucheralltag und dem digitalen Fortschritt angepasst werden.



*Die digitale Agenda in Deutschland, die Schaffung eines gesamteuropäischen einheitlichen digitalen Binnenmarktes, erfordert die Anpassung der gesetzlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen. Die Marktdaten zum deutschen und europäischen Onlinehandel zeigen: Deutschland, als wichtigstes Exportland der Europäischen Union, fiel 2016 gegenüber Großbritannien und Frankreich zurück. Um seinen Platz zu behaupten und abzusichern, sind gezielte Infrastruktur- und gesamtheitliche Grundlagen zu schaffen, die den Handel auf eine zeitgemäße, digitale Grundlage stellen. Analoges und digitaler Handel sind keine Gegensätze sondern „kommunizierende Gefäße“ eines erfolgreichen Wirtschaftsstandortes Deutschland.*

Florian Seikel,  
Hauptgeschäftsführer Händlerbund e.V.  
[www.haendlerbund.de](http://www.haendlerbund.de)





*Der stationäre Handel ist ein elementarer Bestandteil des Erlebnisraumes Innenstadt. Daher ist es notwendig, Rahmenbedingungen herzustellen, die einen fairen Wettbewerb zwischen eCommerce und stationären Formaten sicherstellen. Ebenso gilt es, innovative Projekte, die den Strukturwandel flankieren, zu initiieren und zu fördern.*

Frank Rehme,  
Vorstandsmitglied Bundesverband  
Medien und Marketing e.V.  
[www.bvmm.org](http://www.bvmm.org)

#### ■ **Institutioneller Rahmen - "Digitalagentur"**

Eine „Digitalagentur“, die die Bundesbehörden sowie die Marktüberwachungsbehörden in Fragen der Digitalisierung schult und berät, muss geschaffen werden. Der Schulungs- und Fortbildungscharakter sowie die Nachwuchsförderung müssen im Vordergrund stehen, damit die Digitalagentur Mitarbeiter von Bundesbehörden schnell und kostenfrei die neuesten technologischen Entwicklungen vermitteln kann. Kenntnisse über die Dynamik der Digitalisierung sollten in Zusammenarbeit mit den Kammern und Verbänden vermittelt werden. Kompetenzen und Kenntnisse bündeln, um Wissen effektiv und schnell zu transferieren.

#### ■ **Standardisierung Paketlogistik / Offene Netze**

Der Zugang, die Mitwirkung an und Entwicklung von offenen Netzen und Systemen in der digitalen Realität, in der alles mit allem vernetzt ist, wird zunehmend zu einem Kriterium, das über die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland in der Welt entscheidet. Proprietäre Strukturen lassen sich nicht mehr aufrechterhalten. Konsumenten werden zunehmend auch zu Produzenten. Die Grenzen zwischen Produktionsmitteln, Regionen und Arbeitskräften heben sich auf. Politik, Gesetzgebung und Betroffene sind zur Kollaboration und nachhaltiger Mitgestaltung aufgerufen.

#### ■ **Digitalisierung der Bildungsinhalte im Hochschulbereich**

Alle Inhalte von Studiengängen, nicht nur im MINT-Bereich, sollen kurzfristig über geeignete Medien allen Studierenden zur Verfügung gestellt werden. Digitale Auffindbarkeit ist hierbei genauso zu berücksichtigen wie Qualität der Medien und Verwendbarkeit im wissenschaftlichen Diskurs

#### ■ **Sektorenübergreifend einheitliche Kommunikationsprozesse sicherstellen**

Die derzeit in Deutschland geltenden gesetzlichen Vorschriften machen einen Datenaustausch zwischen Patient, Klinik und Forschung schwierig. Um das Potential von Big Data in der Gesundheitsforschung vollständig ausschöpfen zu können, sind Anpassungen in verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen unbedingt erforderlich. Unerlässlich sind sektorenübergreifend einheitlich aufgebaute Kommunikationsprozesse (Interoperabilität).



## Arbeitsmarkt

Die Beschäftigung ist in Deutschland auf dem höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. Dennoch gibt es Handlungsbedarf. Besonders die mangelnde Flexibilität des Arbeitsmarktes beklagen 66 Prozent der mittelständischen Unternehmen. Durch die digitale Transformation und die Integration der Flüchtlinge kommen weitere Herausforderungen auf den Arbeitsmarkt zu. Der Fachkräftemangel spitzt sich weiter zu und wird zu einem weiteren gravierenden Innovations- und Wachstumshemmnis.

In Zeiten von Globalisierung und wachsender Arbeitsteilung sind flexible Kapazitäten in Produktions- und Innovationsbereichen für den Standort Deutschland von großer Bedeutung. Hier gilt es, die Mechanismen des Arbeitsmarktes grundsätzlich zu modernisieren. Dazu gehört auch, Rahmenbedingungen sinnvoll anzupassen und Rechtssicherheit für Auftraggeber und Auftragnehmer zu schaffen.

### UNSERE FORDERUNGEN

- **Jahresarbeitszeitkonten statt täglicher Höchstgrenze**  
Damit Unternehmen besser auf die Anforderungen ihrer weltweiten Kunden reagieren können, muss die tägliche Höchstarbeitszeit in Absprache mit den Mitarbeitern durch Jahresarbeitszeitkonten ersetzt werden können. Auch ist die Beschränkung von Arbeitszeitkonten durch den Mindestlohn aufzuheben. Die heutige Grenze ist bei Minijobbern oder Halbtagskräften in von saisonalen Hochzeiten geprägten Branchen schnell überschritten.
- **Selbstständigkeit fördern**  
Die seit langem dynamisch wachsende Gruppe von Selbstständigen und Freiberuflern steht für Flexibilität und Innovationskraft und ist längst zu einem integralen Teil der Wirtschaft geworden. Es ist an der Zeit für ein klares politisches Bekenntnis zur Förderung der Selbstständigkeit. Dazu ist es notwendig, die entsprechenden Verbände ebenso wie andere Wirtschaftsvertreter politisch zu beteiligen und bei Gesetzgebungsverfahren bereits in Konzeptions- und Durchführungsphase frühzeitig einzubeziehen.
- **Keine Generalhaftung beim Mindestlohn**  
Die verschuldensunabhängige Generalunternehmerhaftung muss entschärft werden und darf nur greifen, wenn der Auftraggeber vorsätzlich oder grob fahrlässig einen Nachunternehmer beauftragt, der seinen Arbeitnehmern den Mindestlohn nicht zahlt. Außerdem sollte die Haftung immer nur für den unmittelbaren Vertragspartner gelten.
- **Werkverträge, Dienstverträge und Arbeitnehmerüberlassung**  
Diese Instrumente sind wichtig für Flexibilität und mehr Dynamik am Arbeitsmarkt und müssen weiterhin in vollem Umfang erhalten und gestärkt werden. Der rechtssichere Einsatz von Werkverträgen, Dienstverträgen, freiberuflichen Experten als auch Arbeitnehmerüberlassung ist für die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands und somit der Standortsicherung Deutschlands entscheidend. Davon profitieren gleichermaßen Arbeitsmarkt, Gesellschaft und Wirtschaft.
- **Altersvorsorge für Selbstständige**  
Eine Versicherungspflicht für Selbstständige in der gesetzlichen Rentenversicherung lehnen wir ab. Schon heute sorgt eine große Zahl von Selbstständigen aus eigenem Antrieb für das Alter vor. Diskutabel wäre eine Absicherungspflicht für die Altersvorsorge, die ein Rentenniveau oberhalb der Grundsicherung garantiert. Die maximale Wahlfreiheit in der Art und Form der Altersvorsorge und die Diversität der gewählten Produkte muss dabei gewährleistet werden. Bereits geleistete Vorsorge ist unbedingt zu berücksichtigen.



*Unternehmen brauchen dringend Rechtssicherheit und transparente Verfahren, um schnell und effizient Aufträge an Selbstständige vergeben zu können. Das Statusfeststellungsverfahren für hochqualifizierte Fach- und Führungskräfte sollte abgeschafft werden.*

Dr. Marei Strack,  
Vorstandsvorsitzende Dachgesellschaft  
Deutsches Interim Management e.V.  
[www.ddim.de](http://www.ddim.de)



## Innovation

Innovationen wirken mit Zeitverzug. Länder, die zu wenige Innovationen hervorbringen und in denen zu wenig investiert wird, fallen wirtschaftlich zurück. In Deutschland sind die Voraussetzungen mit vielen innovativen mittelständischen Unternehmen (Hidden Champions) und einer hohen Dichte von Universitäten und Forschungseinrichtungen gut. Nur müssen die Potenziale besser gehoben, Innovationen in die Praxis umgesetzt und Investitionen begünstigt werden. Dafür sprechen sich 92 Prozent der mittelständischen Unternehmer aus.

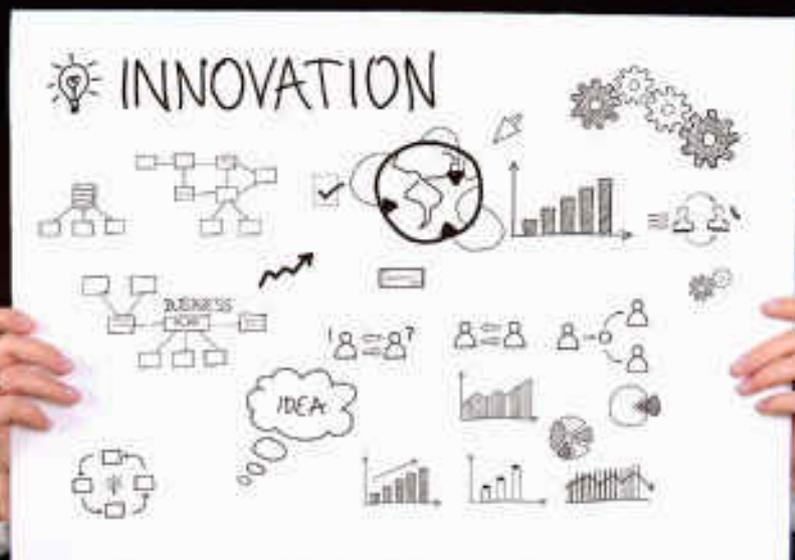
### UNSERE FORDERUNGEN

#### ▪ Steuerliche Forschungsförderung einführen

Wir fordern eine steuerliche FuE-Förderung in Höhe von 15 Prozent auf die eigenfinanzierten Personalaufwendungen. Junge Unternehmen, die noch keine Steuern zahlen, erhalten einen entsprechenden Transfer in gleicher Höhe. Der Gesetzgeber sollte zudem prüfen, ob kleinen und mittleren Unternehmen höhere Fördersätze gewährt werden könnte, um ihren abnehmenden Innovationsaufwendungen wirksamer entgegenzuwirken. Ebenso sollten höhere Abschreibungsraten von aktivierungspflichtigen Wirtschaftsgütern in Bereich FuE möglich sein. Weiterhin müssen durch FuE-Ausgaben entstandene Verlustvorträge auch bei Gesellschafterwechseln erhalten bleiben.

#### ▪ Projektförderung erhalten

Die Projektförderung ist eines der wichtigsten Instrumente zur Entwicklung von FuE im Mittelstand. Die institutionelle und die von der Industrie getragene Forschung stehen nicht im Widerspruch zueinander, sondern ergänzen sich. Nur durch eine ausgewogene und effektive Forschungsförderung kann die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschlands erhalten werden.





- **Reinvestierte Gewinne steuerfrei stellen**

Gewinne, die in mittelständischen Unternehmen verbleiben und reinvestiert werden, sollten steuerfrei gestellt werden. Für mittelständische Unternehmen ohne Zugang zum Kapitalmarkt ergibt sich dadurch ein positiver Liquiditätseffekt, der Investitionen in Innovationen begünstigt.

- **Vorrang für Investitionen**

Öffentliche Mittel müssen vorrangig für Investitionen in Infrastruktur und deren Erhalt, und nicht für Transfers verwendet werden. Investitionen bedeuten Aufträge für Handwerk, Bauwirtschaft und andere mittelständisch geprägte Branchen. Ausschreibungen sind in mittelstandsgerechte Lose aufzuteilen, sofern dies möglich ist.

- **Offener Diskurs über neue Forschungsansätze**

Der Weg zu Innovationen „made in Germany“ führt über die Anwendung – „used in Germany“ und „invented in Germany“. Die Translation und Anwendung macht aus einer wissenschaftlichen Erkenntnis ein innovatives Produkt. Es ist eine bedrohliche Entwicklung für unsere Volkswirtschaft, dass die Innovationsoffenheit in Deutschland abnimmt. Hier gilt es mit Argumenten gegenzusteuern und die Gesellschaft mit einzubeziehen.



*Der Anteil kontinuierlicher Forschung und Entwicklung (F&E) in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ist ein wichtiger Indikator für die Zukunftsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Innovative Unternehmerinnen und Unternehmer sorgen dafür, dass Innovationen zur Wertschöpfung direkt am Standort beitragen, sie schaffen Arbeitsplätze und eröffnen Entwicklungschancen.*

Dr. Viola Bronsema,  
Geschäftsführerin BIO Deutschland e.V.  
[www.biodeutschland.org](http://www.biodeutschland.org)



*Digitale Kompetenz ist notwendig, damit wir den Anschluss an die weltweite Entwicklung nicht verlieren. Unsere Innovationsfähigkeit in der Gesellschaft und bei den Unternehmen kann nur durch systematische Bildung sowie Wissen und Können erhalten bleiben. Dies ist Voraussetzung für die weitere Entwicklung unseres Wohlstandes.*

Gerhard Wächter,  
European Association for Training  
Organisations e.V.  
[www.eato.eu](http://www.eato.eu)



*Bildung braucht Kompetenzen! Digitale Medien können als Instrumente dienen, Inhalte selbständig zu erschließen und zu organisieren. Lernprozesse können mit Hilfe digitaler Medien unterstützt werden. Dafür brauchen wir durchsetzungsstarke Bildungsmanager und kritisch-konstruktive Medienmanager in den Bildungsstrukturen und -abläufen der Zukunft.*

Prof. Dr. Gerald Lembke,  
Präsident Bundesverband Medien  
und Marketing e.V.  
[www.bvmm.org](http://www.bvmm.org)



## Bildung und Qualifizierung

Deutschlands Bildungssystem muss fit gemacht und die Nachwuchskräfte von morgen müssen gezielter auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes vorbereitet werden. Nur durch eine verbesserte Bildung lässt sich dem zunehmenden Fachkräftemangel auf Dauer entgegenwirken. Die Bildungspolitik ist hier gefordert. Gleichfalls gilt es sich, die durch digitale Entwicklungen stetig wandelnden Anforderungen in jeder Generation mit fortlaufender Weiterqualifizierung zu gestalten. Insbesondere Kompetenzen im Umgang mit den sich stark wandelnden Realitäten müssen in den Fokus gerückt werden. Für den Mittelstand ist eine qualitätsorientierte Bildungspolitik gleichzeitig Wachstums-, Beschäftigungs- und Standortpolitik.

### UNSERE FORDERUNGEN

#### ▪ **Angewandte Informatik in den Schulen einführen**

Wir fordern eine standardisierte Berücksichtigung digitaler Lern- und Lehrmethoden in den Schulgesetzen der Länder sowie den Bildungsordnungen. Um den steigenden Anforderungen der Arbeitswelt gerecht zu werden und das Interesse und Wissen in der Informationstechnik zu erhöhen, müssen die angewandte Informatik und damit einhergehende Digitalkompetenzen Einzug in die Lehrpläne halten.

#### ▪ **Ökonomische Bildung und Unternehmertum in Schulen verankern**

Eine frühe Wissensvermittlung ökonomischer Grundkenntnisse stärkt das Interesse junger Menschen am Unternehmertum und fördert die Gründungskultur in Deutschland. Praxisaufenthalte und Hospitationen von Lehrerinnen und Lehrern können die Berufs- und Studienorientierung an Schulen verbessern und somit Studienabbruchquoten von zum Teil über 40 Prozent verringern. Zudem sind Unternehmenspraktika oder –besuche auch für Schüler verpflichtend in den Schulplänen zu verankern.

#### ▪ **Ausbildung modularisieren**

Es sollte eine Modularisierung in eine zweijährige Qualifikationsphase, in der Kernkompetenzen und berufsspezifische Qualifikationen vermittelt werden, und eine zweite Spezialisierungsphase, die der inhaltlichen Vertiefung dient, stattfinden. Hierdurch können Auszubildende und Unternehmen die Ausbildung flexibler gestalten und an individuelle Erfordernisse anpassen.

#### ▪ **Digitale Kompetenzen steigern**

Die Digitalisierung von Wirtschaft und Arbeitswelt erfordert neue Kompetenzprofile auf allen Ebenen und in allen Generationen. Wir benötigen einen deutlichen, fächerübergreifenden Ausbau dieser von IT- und Medienkompetenzen, bei Lehrkräften, in den Ausbildungsberufen und auch in den Unternehmen selbst, sodass ein Basis-Wissen auf allen Ebenen gegeben ist. Zudem ermöglicht eine kompetenzzentrierte Weiterqualifizierung auch den Altersklassen der „Nicht-Digital-Natives“ den Übergang in die digitale Arbeitswelt und begrenzt zugleich die Fachkräftelücke. Unternehmen müssen bei Weiterbildungsangeboten steuerlich gefördert werden, anstatt allein bürokratisch und marktfern auf eine „Bundesagentur für Weiterbildung“ zu setzen.

#### ▪ **Voraussetzung für einen Wissensstandort Deutschland schaffen**

Die Bildung muss so ausgerichtet werden, dass Schul- und Hochschulabgänger in die Lage versetzt werden, das erworbene Wissen für den Standort Deutschland erfolgreich einzubringen. Es sollte eine interministerielle Task Force „Gründer-, Innovations- und Aufsteigerkultur“ mit dem Ziel eingerichtet werden, junge Menschen mit herausragendem MINT-Potenzial gezielt zu fördern (Stipendien etc.) und ihnen auch Unternehmertum zu vermitteln.

## Finanzierung

Ein stabiler Finanzsektor ist für die Finanzierung von Wachstum unverzichtbar. Obwohl 62 Prozent der mittelständischen Unternehmen ihre Finanzierungssituation als gut bis sehr gut bewerten, müssen für den Mittelstand alternative Finanzierungswege geöffnet werden. Gerade für junge Unternehmen erfüllen Banken ihre Finanzierungsaufgabe nicht oder nur noch unzureichend. Um neuen Banken- und Finanzkrisen vorzubeugen, sind eine umfassende Transparenz auf den Finanzmärkten und unabhängige Aufsichtsbehörden notwendig.

### UNSERE FORDERUNGEN

#### ▪ **Wagniskapital stärken, Chancen ermöglichen**

Neben der klassischen Finanzierung in Form von Bankkrediten muss die Finanzierung von Start-Ups und innovativen Mittelständlern durch alternative Formen leichter werden. Dafür ist ein sinnvolles Venture-Capital-Gesetz notwendig. Die Gewinne aus Veräußerungen von Anteilen an innovativen Mittelständlern bei einer Reinvestition in vergleichbare Unternehmen müssen für Eigenkapitalgeber steuerfrei bleiben. Zudem sollte die Nutzung von Verlustvorträgen aus Start-Up-Beteiligungen ermöglicht werden. Ferner darf es keine Anwendung des Kreditwesengesetzes für Crowdfunding geben.

#### ▪ **Schaffung eines Innovationsfonds**

Ein Innovationsfonds, z.B. in Analogie zu Frankreich und Großbritannien, hat den Vorteil, dass Portfolioeffekte zur Risikoreduzierung implizit genutzt werden. In Frankreich haben die steuerlichen Anreize der Innovationsfonds zu einem Hebeleffekt von eins zu fünf geführt: So wurden zusätzlich sechs Milliarden Euro an privatem Kapital eingesammelt. Es sollte ein Fonds in Deutschland eingeführt werden, der sowohl eine Anrechnung eines Teils der Investitionen auf die Einkommensteuerschuld als auch eine Befreiung von der Besteuerung im Erfolgsfall vorsieht.

#### ▪ **Leichtere Finanzierung über Crowdfunding-Plattformen**

Wir empfehlen die Schaffung einer neuen Rechtsform „junge AG“, die speziell auf die Anforderungen von Crowdfunding zugeschnitten ist. Aktien können über Crowdfunding-Plattformen zu festen Konditionen gekauft werden. Der Weiterverkauf ist während der ersten zwei Jahre verboten und anschließend nur einmal jährlich an einem bestimmten Tag möglich. Gleichzeitig sollte die Prospektspflicht für kleinere Vorhaben durch eine Verkaufsinformation ersetzt und die Teilsummen für das Crowdfunding auf 20.000 Euro erhöht werden.

#### ▪ **Transparenz- und Informationsanforderungen für Banken bei Finanzierungen**

Banken und Finanzinstitutionen sollte bei Finanzierungen auferlegt werden, über Transparenzanforderungen zu informieren und Finanzierungsmöglichkeiten darzustellen und zu erläutern. Damit wird eine Produkt- und Anforderungstransparenz geschaffen.

#### ▪ **Bankenfinanzierung in den Mittelstand lenken!**

Es muss eine Eigenkapitalunterlegung für Banken beim Kauf von Staatsanleihen und Interbankgeschäften gelten.



*Die Banken sind bei der Erfüllung Ihrer Finanzierungsaufgaben viel zu stark in der Vergangenheitsbetrachtung und Zahlenanalyse verhaftet. Die Bewertung des intellektuellen Kapitals der Unternehmen ist in den Ratingverfahren fast nicht vorhanden. Dabei sind genau diese Faktoren die maßgeblichen Treiber des Unternehmenserfolgs.*

Boje Dohrn,  
Präsident Institut für Betriebs-  
beratung, Wirtschaftsförderung  
und -forschung e.V.  
[www.mittelstandsberater.de](http://www.mittelstandsberater.de)





*Die Steuergesetzgebung hemmt die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Die sprudelnden Steuereinnahmen sind zwar herzlich willkommen, aber es ist an der Zeit, den Hauptverantwortlichen für diesen Erfolg – den kleinen und mittelständischen Unternehmen – Entlastung zurückzugeben, damit ein zukunftsfähiger Erfolgskreislauf weiter funktioniert. Abschaffen, entlasten, vereinfachen – der Mittelstand will nicht hoffen, sondern verbindlich und erfolgreich planen.*

Markus Kessel,  
Geschäftsführer Bundesverband der Bilanzbuchhalter und Controller e.V.  
[www.bvbc.de](http://www.bvbc.de)



## Steuern

Die steuerliche Belastung für Unternehmen und Bürger nimmt zu. Die Steuereinnahmen werden laut Steuerschätzung bis 2020 jedes Jahr die Vorjahreseinnahmen um jeweils durchschnittlich 27 Milliarden Euro übertreffen. An unserem komplizierten Steuerrecht scheitern selbst Fachleute. Steuerentlastungen und Steuervereinfachungen stehen daher ganz oben auf der Liste der zu erledigenden Arbeiten einer neuen Bundesregierung. Besonders im Hinblick auf die Erbschaftsteuer spricht sich mehr als die Hälfte des Mittelstands gegen eine Steuer aus.

### UNSERE FORDERUNGEN

- **Erbschaftsteuer sofort abschaffen**  
Die Abschaffung der Erbschaftsteuer ist die einzige saubere Lösung, um den deutschen Mittelstand zu entlasten, keine Arbeitsplätze zu gefährden und die mittelständische Struktur der deutschen Wirtschaft zu erhalten. Im Jahr 2016 lag das Aufkommen der Erbschaftsteuer bei lediglich 6,9 Milliarden Euro und somit nicht einmal einem Prozent des Gesamtsteueraufkommens.
- **Solidaritätszuschlag abschaffen**  
Der Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 Prozent des Steuerbetrags aus Einkommen-, Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer sollte sofort abgeschafft werden. Dies entlastet Unternehmen und Bürger sofort und spürbar.
- **Abgeltungssteuerfreiheit für Investitionen in forschungsintensiven Unternehmen**  
Eigenkapital wird gegenüber Fremdkapital systematisch diskriminiert. Nachdem bis 2009 Wertsteigerungen von Eigentumsanteilen an GmbHs und AGs, wie sie bei stark wachsenden und i.d.R. nicht ausschüttenden Unternehmen den großen oder sogar ganzen Teil der Rendite ausmachen, bei einer Haltedauer von mehr als 12 Monaten steuerfrei waren, werden durch die Abgeltungssteuer Investoren seit 2009 in Höhe von 25 % ihrer Kapitaleinkünfte belastet (§32d Abs. 1 S. 1 EStG). Eine Abgeltungssteuerbefreiung beim Exit erhöht die Attraktivität in innovative Forschung und Entwicklung zu investieren.
- **Einheitlichen Mehrwertsteuersatz einführen**  
Der ermäßigte Steuersatz sollte komplett gestrichen werden bei einer gleichzeitigen Senkung des allgemeinen Mehrwertsteuersatzes auf 16 Prozent. Diese Reform ist annähernd aufkommensneutral und würde eine erhebliche Entlastung der Bürokratie für Bürger, den Staat und vor allem für Unternehmen bewirken.
- **Thesaurierungsbegünstigungen reformieren**  
Die derzeitige Thesaurierung lohnt sich lediglich für Steuerpflichtige, die dem Spitzentarif der Einkommenssteuer unterliegen und die thesaurierten Gewinne über einen langen Zeitraum hinweg nicht entnehmen. Damit rechnet sich die Thesaurierung der Gewinne für einen durchschnittlichen Mittelständler im derzeitigen Niedrigzinsumfeld erst nach Jahrzehnten. Deswegen muss die Verwendungsreihenfolge abgeschafft und die Gesamtsteuerlast gesenkt werden. Die Nachversteuerung sollte an den persönlichen Steuersatz des Steuerpflichtigen gekoppelt werden.
- **Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter dynamisieren**  
Nach über einem halben Jahrhundert wird 2018 der Schwellenwert zur Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter von 410 Euro auf 800 Euro angehoben. Damit der Mittelstand nicht wieder 50 Jahre auf eine Anpassung warten muss, fordern wir die Anhebung des Schwellenwertes an die Entwicklung der Inflationsrate zu koppeln.

## Energie und Rohstoffwende

Der Mittelstand ist der Motor der Energie- und Rohstoffwende. Daraus ergeben sich gerade für mittelständische Unternehmen große Chancen.

### ENERGIEWENDE

Die Standortvorteile Deutschlands dürfen nicht durch zu hohe Strompreise gefährdet werden. Wir treten daher für eine mittelstandsfreundliche Gestaltung der Energiewende unter der Leitlinie „so dezentral wie möglich, so zentral wie nötig“ ein. Eine dezentrale und verbrauchsnahe Erzeugung begrenzt die Kosten des Netzausbaus, stärkt den Wettbewerb auf dem Energiemarkt und vermeidet hohe Übertragungsverluste.

### UNSERE FORDERUNGEN

#### ▪ Eigenverbrauch belohnen statt ihn zu bestrafen

Die Eigenstromerzeugung ist eine Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung einer dezentralen Energiewende. Daher muss die Wettbewerbsfähigkeit gewahrt bleiben und Steuern und Abgaben auf Eigenstromerzeugung abgeschafft werden.

#### ▪ Energiekosten senken

Der Anteil von Steuern und Umlagen macht mehr als 50 Prozent des Strompreises aus. Gleichzeitig werden Verbraucher durch Mehrwert- und Stromsteuer doppelt besteuert. Wir fordern daher, die Stromsteuer deutlich zu senken oder abzuschaffen. Dies würde Strom auch für Anwendungen der Sektorkopplung attraktiver machen. Strom, Wärme und Mobilität müssen vernetzt gedacht werden.

#### ▪ Erneuerbare Energien weiter ausbauen

Dezentrale Speicher sind wichtig, damit die Energiewende gelingen kann. Zur Förderung der Wirtschaftlichkeit sollten Speicher von Letztverbraucherpflichten befreit werden, um Privathaushalte und Mittelstand zu entlasten.

#### ▪ Innovationen ermöglichen

Der aktuell starke Preisabfall für Rohöl hat Einfluss auf die Rohstoffstrategien der Industrie und das Verbraucherverhalten. Energiesparendes Handeln und nachhaltige Produkte sowie innovative nachhaltige Entwicklungen rücken in den Hintergrund. Dieses Marktversagen trifft gerade kleine und mittlere Unternehmen. Es könnte z. B. durch Gutschriften für Produzenten über einen vorbestimmten Zeitraum ausgeglichen werden, um nachhaltigen Produkten und Prozessen den Markteintritt und die Etablierung zu ermöglichen.

#### ▪ Anreize statt Zwang

Dem Verursacherprinzip muss Geltung verschafft werden. Langfristig führt an einer Markt- und Systemintegration der Erneuerbaren Energien durch Einführung eines Stetigkeitsanreizes kein Weg vorbei. Die Energieeffizienz sollte mit Anreizen anstatt Zwang gefördert werden.



*In den letzten Jahren sind verstärkt kommunale Unternehmen auf den Plan getreten sind. Sogar bundesländerübergreifende interkommunale Zusammenschlüsse sind zu beobachten. Dadurch gerät der Mittelstand zusätzlich unter Druck. Wir sind der Meinung, dass Kommunen angehalten sind, mittelständische Unternehmen in den Regionen zu fördern und sie nicht in ihrer Existenz zu bedrohen.*

Eric Rehbock,  
Hauptgeschäftsführer Bundesverband  
Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V.  
[www.bvse.de](http://www.bvse.de)





## ROHSTOFFWENDE

Deutschland braucht eine umfassende Rohstoffwende durch mehr Ressourcenschonung, Recycling sowie eine effiziente Sekundärrohstoffwirtschaft, um sich für eine ökonomisch erfolgreiche und nachhaltige Zukunft optimal aufzustellen. Gerade mittelständische Unternehmen können dazu mit ihrem Know-how einen wichtigen Beitrag leisten.

## UNSERE FORDERUNGEN:

### ▪ Sekundärrohstoffe verstärkt einsetzen

Der Einsatz von Sekundärrohstoffen in der gewerblichen und industriellen Produktion schont natürliche Ressourcen, spart Energie und verringert den CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Es ist daher in allen relevanten Bereichen zu prüfen, ob Sekundärrohstoffe eingesetzt werden können.

### ▪ Recyclingprodukte verwenden!

Ob im Straßen- oder im Haus- oder Gebäudebau, beim Handwerk, der Industrie oder der Verwaltung. Die deutsche Recyclingindustrie bietet qualitativ ausgezeichnete Recyclingprodukte für die vielfältigsten Verwendungsmöglichkeiten. Trotzdem gibt es immer noch eine zu große Zurückhaltung öffentlicher wie privater Auftraggeber Recycling-Produkte einzusetzen. Die öffentliche Hand sollte bei ihren Auftragsvergaben daher mit gutem Beispiel voran gehen und beispielsweise in Ausschreibungen die Verwendung von Recyclingprodukten ausdrücklich zulassen.

### ▪ Mittelstand fördern statt bekämpfen

Mittelständische Unternehmen haben in den letzten Jahren leistungsfähige Sammel-, Verwertungs- und Recyclingstrukturen aufgebaut. Die Politik muss die Rahmenbedingungen so gestalten, dass sich der Mittelständler vor Ort gegen kommunale Unternehmen einerseits und milliardenschwere Konzerne andererseits behaupten kann.



## Gesundheit

Die Prognosen gehen von steigenden Gesundheitskosten in den kommenden Jahren aus. Dabei werden die Möglichkeiten für eine Senkung der Kosten bei weitem nicht ausgeschöpft. Frühzeitige Präventionsmaßnahmen nutzen den Menschen, entlasten die Arbeitgeber und vermeiden teure Operationen und Langzeitbehandlungen.

Deshalb muss umgedacht werden: Weg von der reinen Versorgung von Kranken, hin zur aktiven Förderung der Gesundheit. Unternehmen unterstützen diesen Ansatz, denn jede Reduktion von Fehlzeiten nutzt auch dem Mittelstand.

### UNSERE FORDERUNGEN

#### ■ Prävention belohnen

Die Möglichkeiten der Diagnostik sind heute besser denn je, werden jedoch im Sinne einer ganzheitlichen Sichtweise auf den Menschen zu selten eingesetzt. Ernährung, Bewegung und das tägliche Umfeld beeinflussen maßgeblich die Widerstandskraft. Hier können Krankenkassen und Unternehmen gemeinsam ansetzen. Eine politische Voraussetzung ist, dass den Krankenkassen erlaubt wird, höhere Ausgaben für Prävention zu tätigen. Inzwischen sind Präventionsmaßnahmen genauer definiert und die Kostenvorteile für das Gesamtsystem belegbar.

#### ■ Keine Umsatzschwelle für die Erstattung innovativer Arzneimittel

Die Umsatzschwelle bei der Erstattung sendet die falsche Botschaft. Die Einführung einer Umsatzschwelle bei der Erstattung von Arzneimitteln in Deutschland trifft insbesondere Gründerinnen und Gründer, die hochinnovative Arzneimittel für bisher nicht behandelbare Krankheiten entwickeln, bei denen ein dringender Bedarf besteht. Verschärft wird das Problem, wenn ein großer Bedarf (z. B. aufgrund weniger oder nicht vorhandener Therapiealternativen) und große Gruppen Betroffener (insb. bei den sog. Volkskrankheiten) bestehen.

#### ■ Arbeitsschutz mit Sinn und Verstand

Arbeitsschutz ist sinnvoll, Bürokratie nicht. Die Dokumentationspflichten müssen sich an der tatsächlichen Gefährdung orientieren und der betrieblichen Realität angemessen sein. Eine Expertenkommission aus Regierung, mittelständischen Unternehmern, Medizinern und Vertretern der Versicherungswirtschaft soll Vorschläge für eine Überarbeitung der Arbeitsschutzverordnung entwickeln.

#### ■ Transparenz über die Qualität von Leistungserbringern und Krankenkassen

Die Abrechnung im Gesundheitssystem erfolgt oft intransparent. Insbesondere gesetzlich Versicherte müssen aktiv über die Beträge und Leistungen, die in ihrem Namen abgerechnet werden, informiert werden.

#### ■ Flexibilisierung der Beiträge von Selbstständigen in der gesetzlichen Krankenversicherung

Bei vielen Selbstständigen, die noch nicht für das Alter vorsorgen, liegt der Grund in den unverhältnismäßig hohen Mindestbeiträgen zur GKV, insbesondere da Selbstständige den vollen Beitrag ohne Arbeitgeberbeteiligung zahlen müssen. Eine Flexibilisierung der GKV-Beiträge für Selbstständige durch Erhebung der Beiträge anhand des tatsächlichen Verdienstes ist daher notwendig. Dies müsste durch eine Erhöhung der Freigrenzen in der Familienkrankenversicherung flankiert werden.



*Seit Jahrzehnten müssen die deutschen Gesundheitspolitiker immer wieder hastig mit neuen Reformen eingreifen. Wir fordern eine ganzheitliche Strategie in der Gesundheitspolitik, die den digitalen Innovationen gerecht wird und die Patientensicherheit in den Vordergrund stellt.*

Manfred Kindler,  
Präsident Krankenhaus-  
Kommunikations-Centrum e.V.  
[www.kkc.info](http://www.kkc.info)





*Das neue EU-Patent ist geeignet, Missstände im Patentwesen zu beheben, wird jedoch als weitere Alternative eingeführt und drängt den Mittelstand noch stärker in die Defensive. Es muss gelingen, die Ausführungsformen und Regeln des Patentrechts mittelstandsgerecht zu gestalten.*

Dr. Heiner Flocke,  
Vorstandsvorsitzender  
Patentverein e.V.  
[www.patentverein.de](http://www.patentverein.de)

## Europa – Identität stärken

Die Europäische Union ist der größte gemeinsame Markt der Welt und Garant für Frieden und Stabilität in Europa. Die Mitgliedsstaaten teilen gemeinsame Werte und die Freiheiten des Binnenmarkts. Allerdings vereinnahmen Landespolitiker die Vorteile der EU für sich, während unerwünschte Entwicklungen einseitig der EU angelastet werden.

### UNSERE FORDERUNGEN

- **Wertegemeinschaft in den Vordergrund stellen**

Gemeinsame europäische Werte und europäische Themen müssen stärker nach innen und außen kommuniziert werden. Die stärkere Darstellung von Erfolgen und Leistungen schafft Vertrauen und Akzeptanz. Ein wichtiger Baustein für die Weiterentwicklung der EU ist die Schaffung einer echten Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsunion.

- **EU – Perspektive Mittelstand**

Der Mittelstand als Grundpfeiler der europäischen Wirtschaft muss bei allen europäischen Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden. Dazu gehört auch die Überarbeitung der EU-Definition für kleine und mittlere Unternehmen, die stärkere Orientierung des EU-Haushalts auf Forschung und Entwicklung, eine stärkere Unterstützung durch die Europäische Investitionsbank und eine Vereinfachung von Förderprogrammen.

- **Subsidiarität leben**

Die europäischen Institutionen dürfen nicht regeln, was Länder oder Regionen besser und effizienter überblicken können. Dieses Prinzip der Subsidiarität ist in letzter Zeit zu wenig beachtet worden und muss wieder gestärkt werden.





- **Euro stabilisieren**

Die Eurokrise wird von der gegenwärtigen Niedrigzinspolitik der EZB überdeckt. Steigende Zinsen könnten zu einer Rückkehr der Eurokrise führen. Auch die Schuldenproblematik Griechenlands ist noch nicht gelöst. Deshalb müssen die Europäischen Institutionen einen Plan B entwickeln, der auch die Möglichkeit einer temporären Parallelwährung vorsehen sollte.

- **Existenzgründung für mehr Beschäftigung**

Die Unterstützung der Gründungsförderung durch Förderprojekte der EU-Kommission bietet einen Ausweg aus der Arbeitslosigkeit und muss auf tragfähige Geschäftsmodelle und zukunftssträchtige Dienstleistungen setzen. Dieser Aspekt muss in den europäischen Förderprogrammen daher stärker berücksichtigt werden.

- **EU-Patente mittelstandsgerecht gestalten**

Das Patentsystem wird zunehmend von Großkonzernen beherrscht und bedroht als Machtmittel insbesondere den innovativen Mittelstand, der in aufwendigen Rechtsstreitigkeiten unterlegen und auf „Freedom to Operate“ angewiesen ist.



## DIE MITTELSTANDSALLIANZ

Die Mittelstandsallianz ist eine Initiative des BVMW in der sich zahlreiche mittelständisch geprägte Branchenverbände zusammengeschlossen haben, um die für den Mittelstand dringenden Themen mit einer Stimme in die Politik zu tragen. Im Rahmen der Mittelstandsallianz werden die Interessen von über **500.000** Unternehmen vertreten, die über neun Millionen Mitarbeiter beschäftigen. In der Verbändelandschaft ist dieser Zusammenschluss einzigartig.

## DER BVMW

Der BVMW ist der größte freiwillig organisierte Mittelstandsverband in Deutschland und seit **40** Jahren die Stimme des deutschen Mittelstands. Eine starke Stimme, die Gehör findet – im Bund, in den Ländern und Kommunen. Mit rund **300** Geschäftsstellen deutschlandweit ist der BVMW täglich im direkten Austausch mit Unternehmen, deren Erfahrungen und Anliegen wir an die Politik weitergeben. Jährlich erreicht der BVMW über sein Netzwerk rund **700.000** Unternehmer bundesweit.



## IMPRESSUM

### Herausgeber:

BVMW – Bundesverband mittelständische Wirtschaft,  
Unternehmerverband Deutschlands e. V.

### Ansprechpartner:

Alexandra Horn  
alexandra.horn@bvmw.de

### Copyright:

BVMW – Bundesverband mittelständische Wirtschaft,  
Unternehmerverband Deutschlands e. V.  
Potsdamer Straße 7 / Potsdamer Platz, 10785 Berlin  
Tel.: 030-533206-0, Fax: 030-533206-50, E-Mail: info@bvmw.de

**Stand:** Mai 2017